

Antrag D-1

Jusos Lausitz

Der Islam gehört zu Sachsen

1 Der Islam ist ein Teil Sachsens - es ist Zeit, dass die Jusos klar Stellung beziehen für die Muslime/Musliminnen in unse-
2 rem Bundesland. Wir als demokratische, offene, tolerante Kräfte unserer nach rechts schiehenden Gesellschaft stehen
3 in der Verantwortung, den rund 28.000 Anhänger*innen des Islams in Sachsen unmissverständlich unsere Solidarität
4 auszusprechen. Die Angriffe kommen aus allen Richtungen: Sachsens Ministerpräsident a.D. Stanislaw Tillich sprach
5 dem Islam seine Zugehörigkeit zu Sachsen ab, um damit den wütenden PEGIDA-Mob zu besänftigen. In keinem anderen
6 Bundesland werden mehr rassistische Straftaten verübt als in Sachsen - vornehmlich gegen geflüchtete Muslime/Mus-
7 liminnen. Erwähnt seien hier stellvertretend der Mord an Marwa El-Sherbini (2009) und ihrem ungeborenen Kind sowie
8 das Bomben-Attentat auf die Dresdner Fatih-Camii-Moschee (2016). Die Scharfmacher nicht nur in anderen Parteien
9 bzw. Organisationen (CDU, AfD, PEGIDA), sondern auch in Reihen der Sozialdemokrat*innen - insbesondere durch Thilo
10 Sarrazin - bereiten mit ihrer laienhaften "Islamkritik", haltlosen Ressentiments und der Schaffung des Feindbildes des
11 "rückständigen Muslim*a" den Nährboden für Gewalt gegen gläubige Muslime/Musliminnen. Dem gilt es sich entge-
12 genzustellen. Menschen, die einer Religion angehören, können von dieser nicht nach dem Muster "Islam nein, Musli-
13 me/Musliminnen ja" getrennt werden. Das eine bedingt das andere und muss nach unserem Grundgesetz (Artikel 4)
14 seine Daseinsberechtigung erhalten - auch in Sachsen, wo die muslimische Tradition noch jung ist. Eine demokratische
15 Bundesrepublik muss jedwedes religiöse Bekenntnis schützen und freie Ausübung gewähren. Um dem islamfeindli-
16 chen Umfeld in Europa, Deutschland und Sachsen eine klare Linie aufzuzeigen, müssen die Jungsozialist*innen ein
17 starkes Bekenntnis abgeben: wo Muslime/Musliminnen leben, gibt es zwangsläufig auch den Islam. Und wo Musli-
18 me/Musliminne Teil unserer Gesellschaft werden, wird es der Islam ebenso. In Hinblick auf die faktischen Realitäten
19 - 28.000 Muslime/Musliminnen in Sachsen - können wir daraus nur eine Schlussfolgerung als Solidaritätsbekundung
20 und Lehre aus unserer nicht gerade ruhmreichen Geschichte im Umgang mit religiösen Minderheiten ziehen: der Islam
21 ist ein Teil Sachsens geworden. Er gehört nun auch zu uns.

22

23 Die LDK möge beschließen und weiterleiten an die SPD Sachsen, dass sich der Landesverband der SPD dazu bekennt,
24 dass der Islam zu Sachsen gehört - im Rahmen des Religionspluralismus.